



**Mental  
Health  
Europe**

Equal rights.  
Better mental health.  
For all.

November 2024

## Bericht

# Die Auswirkungen von Rassendiskriminierung auf die

---

# Die Auswirkungen von Rassendiskriminierung auf die psychische Gesundheit: Die übersehenen Herausforderungen und was in Europa gebraucht wird

## Inhaltsübersicht

|  |    |
|--|----|
| Die Auswirkungen von Rassendiskriminierung auf die psychische Gesundheit: Die übersehenen Herausforderungen und was in Europa gebraucht wird ..... | 2  |
| Einführung.....  | 3  |
| Formen der rassistischen und ethnischen Diskriminierung.....   | 5  |
| Rassismus und Diskriminierung als grundlegende Determinanten von (psychischer) Gesundheit, Gerechtigkeit und Wohlbefinden.....                     | 7  |
| Auswirkungen von zwischenmenschlichem und internalisiertem Rassismus .....   | 8  |
| Auswirkungen von institutionellem und strukturellem Rassismus.....   | 8  |
| Betreuung und Unterstützung im Bereich der psychischen Gesundheit.....   | 9  |
| Bekämpfung von Diskriminierungen aufgrund von Ethnie und Zugehörigkeit in der EU-Politik:<br>Stand der Dinge.....                                  | 12 |
| Konkrete Empfehlungen: Blick in die Zukunft - Für einen Ansatz zur Bekämpfung von<br>Diskriminierung und zur Förderung der Gleichstellung .....    | 16 |
| Schlussfolgerung .....   | 19 |

Mental Health Europe ist eine Organisation, die sich für die Menschenrechte, die Förderung einer positiven psychischen Gesundheit, die Verbesserung der psychiatrischen Versorgung und die soziale Integration einsetzt. Im Bereich der sozialen Rechte hat das Thema der rassistischen und ethnischen Diskriminierung im Vergleich zu anderen Diskriminierungsgründen leider nicht genügend Aufmerksamkeit erlangt. Daher ist es wichtig, Rassismus als ein weit verbreitetes Problem sowohl außerhalb als auch innerhalb der Bewegung für psychische Gesundheit anzuerkennen, zu reflektieren und zu behandeln. Ein intersektionaler Ansatz war für unsere Arbeit und diesen Bericht von zentraler Bedeutung. Dies ist der erste Versuch von Mental Health Europe, die Auswirkungen von Diskriminierung und Ungleichheiten aufgrund von Ethnie und Zugehörigkeit auf die psychische Gesundheit zu untersuchen, mit dem Ziel, diese Aspekte angesichts ihrer Auswirkungen auf die psychische Gesundheit konsequent in unsere Arbeit einzubeziehen.

**Haftungsausschluss: Dieses Dokument wurde mit Hilfe einer maschinellen Übersetzungssoftware aus dem Englischen übersetzt; daher kann die Richtigkeit der Übersetzung nicht garantiert werden.**

## Einführung

Rassismus ist eine Realität im Leben von rassistischen, ethnischen und religiösen Minderheiten in der Europäischen Union. Die Forschung zeigt immer wieder, dass marginalisierte rassistische und ethnische Gruppen in Europa häufiger von psychischen Problemen und psychosozialen Behinderungen betroffen sind und gleichzeitig auf Hindernisse beim Zugang zu Unterstützungsdiensten stoßen.<sup>12</sup> Die Realitäten werden jedoch oft missverstanden, übersehen und zu wenig dokumentiert, was konkrete Situationsanalysen und Vorschläge zur Bewältigung der Situation erschwert. Im Jahr 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission einen EU-Aktionsplan gegen Rassismus,<sup>3</sup>, in dem die strategischen Ziele der Union zur Bekämpfung des strukturellen Rassismus dargelegt werden. Da dieser Aktionsplan 2025 ausläuft, ist es an der Zeit, über die künftige EU-Politik im Bereich der psychischen Gesundheit und der Rassismusbekämpfung nachzudenken: Zu den Prioritäten sollten eine verstärkte Prävention und Förderung der psychischen Gesundheit sowie ein verbesserter Zugang zu psychosozialen Diensten für Randgruppen gehören. Dies ist wichtig, um sicherzustellen, dass künftige Strategien entwickelt werden, um Ungleichheiten im Zusammenhang mit Ethnie und Zugehörigkeit zu verringern.

Ziel dieses Dokuments ist es, einen Überblick über die bestehenden politischen Entwicklungen zu diesem Thema zu geben und die Prävention von psychischen Problemen und die Förderung einer guten psychischen Gesundheit zu unterstützen. Darüber hinaus werden systembedingte Hindernisse für die psychosoziale Versorgung, den Zugang zu Ressourcen und gute Gesundheitsversorgungsergebnisse aufgezeigt.

Die Beseitigung von Ungleichheiten im Bereich der (psychischen) Gesundheit erfordert einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Daher richtet sich dieser Bericht an die Öffentlichkeit, an Entscheidungsträger, Studenten sowie an Fachleute, die mit rassifizierten Gemeinschaften oder psychischer Gesundheit arbeiten, und an alle, die sich für dieses Thema interessieren. In dem Bericht werden zunächst die verschiedenen Formen der Diskriminierung im Zusammenhang mit Ethnie und ethnischer Herkunft aufgezeigt. Rassismus und Diskriminierung als grundlegende Determinanten für psychische Gesundheit, Gleichheit und Wohlbefinden werden ebenfalls vorgestellt, wobei der Schwerpunkt auf persönlichen, institutionellen, psychosozialen und kulturellen Barrieren liegt. Anschließend wird eine Bewertung des derzeitigen politischen Rahmens der EU zur Rassendiskriminierung vorgenommen. Abschließend wird der Bericht konkrete Empfehlungen für

---

<sup>1</sup> Apers H, Van Praag L, Nöstlinger C, Agyemang C (2023). Interventionen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit und des psychischen Wohlbefindens von Migranten und ethnischen Minderheitengruppen in Europa: A scoping review. Cambridge Prisms: Global Mental Health, 10, e23, 1-25  
<https://doi.org/10.1017/gmh.2023.15>

<sup>2</sup> Europäische Union, "Flash Eurobarometer FL530: Psychische Gesundheit", verfügbar unter:  
[https://data.europa.eu/data/datasets/s3032\\_fl530\\_eng?locale=en](https://data.europa.eu/data/datasets/s3032_fl530_eng?locale=en)

<sup>3</sup> Europäische Kommission, "EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des Rassismus 2020-2025", verfügbar unter:  
[https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-anti-racism-action-plan-2020-2025\\_en](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-anti-racism-action-plan-2020-2025_en)

Ansätze zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung der Gleichstellung geben. Insgesamt ist es für die relevanten Akteure unerlässlich, diesem Thema mehr Aufmerksamkeit zu schenken, um gemeinsam zu arbeiten und die psychische Gesundheit in allen Politikbereichen zu fördern, die Menschen- und Behindertenrechte sowie die Intersektionalität zu berücksichtigen und auf die besonderen Bedürfnisse bestimmter Bevölkerungsgruppen einzugehen.

# Formen der rassistischen und ethnischen Diskriminierung

Rassismus bezieht sich auf die Ideen oder Theorien der Überlegenheit einer Ethnie oder einer Gruppe von Personen einer Farbe oder ethnischen Herkunft.<sup>4</sup> Rassismus ist ein Vorurteil, eine Diskriminierung oder Feindseligkeit, die sich gegen Einzelpersonen oder Gruppen aufgrund ihrer Ethnie oder Volkszugehörigkeit richtet. Sie entspringt der weit verbreiteten bewussten oder unbewussten Überzeugung, dass bestimmte Ethnien anderen von Natur aus überlegen oder unterlegen sind. Rassendiskriminierung und Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft kann sich in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft in unterschiedlichen Formen manifestieren. Sie beeinträchtigt nicht nur die Rechte des Einzelnen, sondern trägt auch zu umfassenderen sozialen Ungleichheiten bei, die sich wiederum auf das Wohlbefinden der Menschen auswirken können. Zu den in Europa am stärksten betroffenen Gruppen gehören Menschen afrikanischer und asiatischer Abstammung, Muslime, Juden und Roma. Es gibt verschiedene Formen von Rassismus, darunter Anti-Schwarz-Rassismus, Antiziganismus, Antisemitismus, Islamophobie und anti-asiatischer Rassismus. Einige Formen stehen im Zusammenhang mit der Religion oder Weltanschauung, wie z. B. der antimuslimische Hass.<sup>5</sup> Einzelpersonen sind oft mit mehreren Arten von rassistischer und ethnischer Diskriminierung konfrontiert, die sich auf ihr tägliches Leben auswirken können.

**Individuelle Diskriminierung** liegt vor, wenn eine Person aufgrund von Vorurteilen gegenüber einer anderen Person aufgrund ihrer Ethnie oder Zugehörigkeit handelt. Dies kann bei alltäglichen Interaktionen geschehen, z. B. wenn man in einem Restaurant nicht bedient wird, beschimpft wird oder soziale Ausgrenzung erfährt. Die (wenn auch begrenzten) Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass ethnische Minderheiten häufig dieser Art von Diskriminierung in verschiedenen Bereichen ausgesetzt sind, z. B. an Arbeitsplätzen<sup>6</sup> und in Bildungseinrichtungen.<sup>78</sup>

Im Gegensatz dazu ist **die institutionelle Diskriminierung** tief in den Strategien, Praktiken und Verfahren von Organisationen und Institutionen verankert. Dies führt häufig zu einer Ungleichbehandlung von Personen aufgrund ihrer Ethnie oder Zugehörigkeit und setzt systemische Ungleichheiten fort. Forschungsergebnisse zeigen, dass rassistische Minderheiten aufgrund diskriminierender institutioneller Maßnahmen häufig mit Hindernissen beim Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildungsressourcen und Beschäftigungsmöglichkeiten konfrontiert sind.<sup>9</sup> Im

---

<sup>4</sup> Art. 4 des UN-Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, abrufbar unter: <https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/international-convention-elimination-all-forms-racial>

<sup>5</sup> EU-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus (2020-2025), verfügbar unter: [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-anti-racism-action-plan-2020-2025\\_en](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-anti-racism-action-plan-2020-2025_en)

<sup>6</sup> Ball E, Steffens MC, Niedlich C. Racism in Europe: Merkmale und Überschneidungen mit anderen sozialen Kategorien. *Front Psychol.* 2022 Mar 24;13:789661. 8-9 doi: 10.3389/fpsyg.2022.789661. PMID: 35401357; PMCID: PMC8988036.

<sup>7</sup> astro Atwater, S. A. 2008. "Waking up to Difference: Teachers, Color-Blindness, and the Effects on Students of Color." *Journal of Instructional Psychology* 35 (3): 246-253

<sup>8</sup> Europäisches Parlament (2022), "Die Rolle von Kultur, Bildung, Medien und Sport bei der Bekämpfung von Rassismus", verfügbar unter: [https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?reference=2021/2057\(INI\)&l=de](https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?reference=2021/2057(INI)&l=de)

<sup>9</sup> Cloos, P., Bilsen, J. Editorial commentary: public mental health and racism in Europe. *Arch Public Health* 79, 200 (2021). <https://doi.org/10.1186/s13690-021-00722-0>

Jahr 2023 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass Behörden in den Mitgliedstaaten ihren Mitarbeitern das Tragen von Kopftüchern und anderen religiösen Symbolen verbieten können. Darüber hinaus bestätigte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in seinem Urteil vom April 2024 das belgische Verbot des Tragens von Hijabs als sichtbare religiöse Symbole in Schulen.<sup>10</sup> Beide Fälle wurden wegen des Fehlens einer intersektionellen Analyse heftig kritisiert, da solche Urteile Auswirkungen auf muslimische Frauen (vor allem rassifizierte Frauen) haben und ihren Zugang zu Bildung und Beschäftigung sowie ihre allgemeine Autonomie und Sichtbarkeit im gesellschaftlichen Raum unverhältnismäßig stark einschränken.

Darüber hinaus bezieht sich die **strukturelle Diskriminierung** auf die gesellschaftlichen Strukturen, die den systemischen Rassismus und die Ungleichheit aufrechterhalten. Der Begriff struktureller Rassismus bezieht sich auf "Ideologien, Praktiken, Prozesse und Institutionen, die auf der Makroebene wirken, um den unterschiedlichen Zugang zu Macht und Lebenschancen entlang rassischer und ethnischer Linien zu erzeugen und zu reproduzieren".<sup>11</sup> Diese Form manifestiert sich in der Art und Weise, wie gesellschaftliche Normen, Werte und historische Praktiken bestimmte rassistische und ethnische Gruppen benachteiligen. Ethnische Minderheiten und Migranten in Europa sind mit sozialen und strukturellen Barrieren konfrontiert, die ihren Zugang zu hochwertiger Bildung, Wohnraum, Beschäftigung und Gesundheitsversorgung einschränken. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) berichtet regelmäßig über weit verbreitete Diskriminierungserfahrungen im täglichen Leben, angefangen vom Arbeitsmarkt bis hin zum Gesundheitssystem. So hat beispielsweise die Segregation im Wohnungs- und Bildungswesen lang anhaltende Auswirkungen auf rassifizierte Gemeinschaften, die sich auf ihren sozioökonomischen Status und ihren Zugang zu Ressourcen auswirken. Darüber hinaus werden rassistische und ethnische Minderheiten häufig übermäßig kontrolliert und im Rahmen des Strafrechtssystems härter behandelt. Dazu gehören die Erstellung von Profilen nach rassistischen Gesichtspunkten, höhere Verhaftungsquoten und längere Haftstrafen im Vergleich zu weißen Straftätern bei ähnlichen Vergehen. Solche Praktiken führen zu einem Kreislauf von Misstrauen und Angst in den Minderheitengemeinschaften.

**Kulturelle Diskriminierung** entsteht durch die Wahrnehmung, dass bestimmte Kulturen minderwertig oder weniger wertvoll als andere sind. Dies kann zu einer Stigmatisierung von kulturellen Praktiken, Sprachen und Identitäten führen. Kulturelle Diskriminierung betrifft häufig Migranten und ethnische Minderheiten, da sie unter Druck gesetzt werden können, sich an die dominante Kultur anzupassen, was zu Identitätskonflikten und psychischem Leid führt.

**Umweltrassismus** beschreibt die unverhältnismäßig starken Auswirkungen von Umweltgefahren auf rassistische und ethnische Minderheitengemeinschaften. So hat die Forschung gezeigt, dass diese Gemeinschaften häufig in der Nähe von Giftmülldeponien leben oder nur begrenzten Zugang zu sauberer Luft und sauberem Wasser haben, was die gesundheitlichen Ungleichheiten weiter verschärft.<sup>12,13</sup>

---

<sup>10</sup> Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), *Mikyas und andere gegen Belgien*, verfügbar unter: <https://hudoc.echr.coe.int/eng#%7B%22appno%22:%5B%2250681/20%22%5D,%22itemid%22:%5B%22001-233826%22%5D%7D>

<sup>11</sup> Viruell-Fuentes EA, Miranda PY, Abdulrahim S. More than culture: structural racism, intersectionality theory, and immigrant health. *Soc Sci Med.* 2012; 75(12):2099-106.

<sup>12</sup> Europäisches Umweltbüro (2020), "Pushed to the wastelands: Environmental racism against Roma communities in Central and Eastern Europe", verfügbar unter: <https://eeb.org/library/pushed-to-the-wastelands-environmental-racism-against-roma-communities-in-central-and-eastern-europe/>

<sup>13</sup> Europäisches Netzwerk gegen Rassismus (2022), "Die Klimakrise ist eine (neo)koloniale kapitalistische Krise: Erfahrungen, Antworten und Schritte zur Entkolonialisierung des Klimaschutzes", verfügbar unter:

**Unter Fremdenfeindlichkeit** versteht man Vorurteile, Einstellungen und Verhaltensweisen, die Menschen ablehnen und ausgrenzen, weil sie als Außenseiter oder Fremde für die Gemeinschaft, die Gesellschaft oder die nationale Identität gelten.

In Europa beruht Rassismus im Allgemeinen auf einer komplexen Kombination aus Nationalität, Herkunft, Akzent, optischen Merkmalen, Religion und empfundener Fremdheit. Ein intersektioneller Ansatz ist hier von entscheidender Bedeutung, um die Komplexität von Rassismus in Verbindung mit anderen Formen der Diskriminierung, z. B. aufgrund der sexuellen Ausrichtung oder des sozioökonomischen Status, zu erfassen.<sup>14</sup> **Intersektionalität** ist eine Methode zum Verständnis sozialer Beziehungen, bei der die sich überschneidenden Formen der systemischen Diskriminierung untersucht werden.<sup>15</sup> Das bedeutet, dass wir anerkennen, dass soziale Systeme kompliziert sind und dass dies auch für unsere Identitäten gilt. Geschlecht, Ethnie, Alter, Bildung und andere Faktoren überschneiden sich und beeinflussen, wer wir sind und mit welchen Herausforderungen wir konfrontiert sind; viele dieser Faktoren können im Leben eines Menschen gleichzeitig vorhanden sein.

## Rassismus und Diskriminierung als grundlegende Determinanten von (psychischer) Gesundheit, Gleichheit und Wohlbefinden

Psychische Gesundheit ist ein Zustand des psychischen Wohlbefindens, der es den Menschen ermöglicht, ihr eigenes Potenzial auszuschöpfen, im Einklang mit ihren Werten zu leben und einen sinnvollen Beitrag zu ihrer Gemeinschaft zu leisten. Sie ist eine menschliche Erfahrung, die durch Ereignisse im Laufe des Lebens geprägt wird. Nach dem psychosozialen Modell der psychischen Gesundheit können sich verschiedene sozioökonomische und umweltbedingte Faktoren negativ auf das psychische Wohlbefinden auswirken.<sup>16</sup> Zu den verschiedenen negativen Determinanten der psychischen Gesundheit gehört auch Rassismus. Dem Zusammenhang zwischen Rassismus und psychischer Gesundheit wird jedoch oft nicht die Aufmerksamkeit zuteil, die er verdient. In diesem Teil werden wir näher untersuchen, wie sich soziale, wirtschaftliche und umweltbedingte Faktoren, die durch Rassismus beeinflusst werden, auf die psychische Gesundheit auswirken.

---

<https://www.enar-eu.org/racialised-communities-in-europe-hit-hardest-by-the-climate-crisis-new-enar-report/>

<sup>14</sup> Ball E, Steffens MC, Niedlich C. Racism in Europe: Merkmale und Überschneidungen mit anderen sozialen Kategorien. *Front Psychol.* 2022 Mar 24;13:789661. doi: 10.3389/fpsyg.2022.789661. PMID: 35401357; PMCID: PMC8988036.

<sup>15</sup> Crenshaw, K. (1989). Demarginalisierung der Überschneidung von Ethnie und Geschlecht: eine schwarze feministische Kritik der Antidiskriminierungsdoktrin, der feministischen Theorie und der antirassistischen Politik. *Univ. Chicago Legal Forum* 1989, 139-167

<sup>16</sup> Mental Health Europe (2023), "Promoting Understanding of the Psychosocial Model of Mental Health", abrufbar unter: <https://www.mentalhealtheurope.org/library/mhe-releases-psychosocial-toolkit/>

## Auswirkungen von zwischenmenschlichem und verinnerlichtem Rassismus

In Europa ist persönliche Diskriminierung aufgrund der Ethnie und der ethnischen Zugehörigkeit nach wie vor ein weit verbreitetes Problem, das sich in verschiedenen Formen wie Beschimpfungen, Mikroaggressionen, Ausgrenzung und Ungleichbehandlung äußert. Angehörige ethnischer Minderheiten wie Migranten, Roma-Gemeinschaften oder Menschen afrikanischer Abstammung sind am Arbeitsplatz, in Schulen, im öffentlichen Raum <sup>(17)</sup> und im Umgang mit der Polizei häufig Vorurteilen ausgesetzt. Diese Diskriminierung wird durch Stereotypen, Fremdenfeindlichkeit und systemische Ungleichheiten genährt.

Die Auswirkungen auf die psychische Gesundheit können tiefgreifend sein. Die ständige Konfrontation mit Rassismus und ethnischer Diskriminierung trägt zu chronischem Stress, Gefühlen der Isolation und vermindertem Selbstwertgefühl bei. Die Opfer können aufgrund der wiederholten Begegnungen mit Vorurteilen Angstzustände, Depressionen und Traumafolgen erleben. Langjährige Formen der Diskriminierung können auch mit einem Generationentrauma (oder intergenerationalen Trauma) verbunden sein, das sich auf einen Zyklus von Traumata bezieht, die durch die Familie weitergegeben werden. Dieses Konzept ist besonders wichtig für das Verständnis der psychischen Gesundheit von Menschen, deren Angehörige erhebliche Widrigkeiten wie Krieg, Kolonialisierung oder systemische Unterdrückung erlebt haben.

Mikroaggressionen sind offene oder massive Aggressionen gegenüber Menschen einer bestimmten Ethnie, Kultur, eines bestimmten Geschlechts oder anderer Merkmale und können ein Umfeld schaffen, in dem sich der Einzelne abgestempelt, unwillkommen oder unterbewertet fühlt. Dies verstärkt das Gefühl des "Anderseins" und führt dazu, dass sie vom gesellschaftlichen Zusammenhalt ausgeschlossen werden. Kinder und Jugendliche, die Diskriminierung ausgesetzt sind, können negative Stereotypen verinnerlichen, was zu schlechteren schulischen Leistungen und langfristigen negativen psychologischen Folgen führt.

Da psychische Gesundheit ein Maß an Wohlbefinden bedeutet, das es einer Person ermöglicht, einen Beitrag zu ihrer Gemeinschaft zu leisten, haben eine schlechte psychische Gesundheit und ihre Risikofaktoren auch Auswirkungen auf das allgemeine Wohlbefinden und die Wirtschaft einer Gesellschaft. So schätzt das Weltwirtschaftsforum die kumulierten Kosten für Produktivitätsverluste aufgrund von psychischen Problemen und Selbstmord im Zeitraum 2020-2025 auf 114 Milliarden US-Dollar, davon 11 Milliarden US-Dollar für Produktivitätsverluste bei jungen Menschen. Um zu verstehen, wie sich Rassismus auf die psychische Gesundheit in Europa auswirkt, müssen die breiteren sozialen und institutionellen Zusammenhänge, in denen rassistische und ethnische Diskriminierung stattfindet, berücksichtigt werden.

## Auswirkungen von institutionellem und strukturellem Rassismus

---

<sup>17</sup> Europäisches Parlament (2019), "Entschließung zu den Grundrechten von Menschen afrikanischer Abstammung in Europa", abrufbar unter: [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0239\\_EN.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2019-0239_EN.html)



Systembedingte Diskriminierung und Ungleichheiten, denen rassische und ethnische Minderheiten ausgesetzt sind, zeigen sich in verschiedenen Bereichen wie Politik und Gesetzgebung, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Polizei, im Bildungswesen und in vielen anderen Bereichen. In einem Bericht der FRA heißt es beispielsweise, dass fast ein Viertel der Roma keine nationale Krankenversicherung hat, 82 % in überfüllten Haushalten leben und 25 % der Roma sich im vergangenen Jahr in alltäglichen Situationen diskriminiert gefühlt haben, z. B. bei der Arbeitssuche, am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche, im Gesundheitswesen und in der Bildung.<sup>18</sup> Rassische Minderheiten sind häufig von den Sozialschutzsystemen ausgeschlossen, wodurch sie besonders anfällig für Stressfaktoren wie Arbeitslosigkeit und Armut sind, die ihr psychisches Wohlbefinden weiter verschlechtern. So sind marginalisierte Gemeinschaften mit größerer Wahrscheinlichkeit von gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht und oft unverhältnismäßig stark von Problemen wie dem ungleichen Zugang zu erschwinglichen und gemeindenahen Diensten für psychische Gesundheit, Unterstützung und Wohnraum betroffen. Was das Bildungssystem betrifft, so hat die FRA 2023 in ihrem Bericht "Being Black in the EU"<sup>19</sup> festgestellt, dass junge Menschen afrikanischer Abstammung dreimal häufiger die Schule vorzeitig verlassen als junge Menschen im Allgemeinen. Im selben Bericht wurde hervorgehoben, dass "34 % [der Befragten] sich in den fünf Jahren vor der Umfrage bei der Arbeitssuche und 31 % am Arbeitsplatz rassistisch diskriminiert fühlten".

Obwohl diese Gruppen in gefährdeten Situationen diskriminiert werden können, werden Vorfälle oft nicht gemeldet. Dies kann auf mangelndes Vertrauen in die Polizei und das Rechtssystem sowie auf mangelndes Wissen über Gesetze und Institutionen, an die man sich wenden kann, zurückzuführen sein, was erhebliche Hürden darstellt. So ist beispielsweise das Vertrauen in die Polizei und das Rechtssystem bei Roma und Travellern, wie bei vielen anderen Gemeinschaften auch, generell gering.<sup>20</sup>

Bei den Betroffenen können soziale und strukturelle Faktoren so zusammenwirken, dass sie ihre psychische Gesundheit eher untergraben als schützen und ihre Position auf dem Kontinuum der psychischen Gesundheit verschieben und zu einer Verschlechterung der psychischen Gesundheit führen. Die Kombination aus systemischem Rassismus und alltäglicher Diskriminierung und Rassismus setzt rassifizierte Menschen stärker unter Stress. Daher ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie Risikofaktoren für ihre psychische Gesundheit erfahren und weniger wahrscheinlich, dass sie Schutzfaktoren ausgesetzt sind als nicht rassifizierte Menschen.

## Betreuung und Unterstützung im Bereich der psychischen Gesundheit

Rassismus, sowohl auf individueller als auch auf systemischer Ebene, spielt eine grundlegende Rolle bei der Bestimmung der gesundheitlichen Ergebnisse.<sup>21</sup> Die WHO definiert soziale Determinanten

---

<sup>18</sup> FRA (2022), "Roma in 10 europäischen Ländern - Hauptergebnisse", verfügbar unter:

<https://fra.europa.eu/en/publication/2022/roma-survey-findings>

<sup>19</sup> FRA (2023), "Being Black in the EU - Experiences of people of African descent", verfügbar unter:

<https://fra.europa.eu/en/news/2023/black-people-eu-face-ever-more-racism>

<sup>20</sup> FRA (2021), "Roma and Travellers in six countries - Technical report", verfügbar unter:

<https://fra.europa.eu/en/publication/2021/roma-and-travellers-six-countries-technical-report>

<sup>21</sup> Kayani Z, Willis A, Salisu-Olatunji SO, Jeffers S, Khunti K, Routen A. Reporting and representation of underserved groups in intervention studies for patients with multiple long-term conditions: a systematic review. Zeitschrift der Königlichen Gesellschaft für Medizin. 2024;0(0). doi:10.1177/01410768241233109, verfügbar unter: <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/01410768241233109>

der Gesundheit als Bedingungen, unter denen Menschen geboren werden, aufwachsen, leben, arbeiten und altern, einschließlich Faktoren wie Beschäftigung, Bildung und Zugang zur Gesundheitsversorgung.<sup>22</sup> Diese Determinanten werden stark von der Sozialpolitik, institutionellen Praktiken und kulturellen Normen beeinflusst, von denen viele von rassistischer Ungleichheit geprägt sind.

Ethnische Minderheiten und Einwanderer berichten häufig von Vorurteilen im Gesundheitswesen. Diese Erfahrungen führen wiederum zu Ungleichheiten bei der Behandlung und Versorgung und zu schlechteren Gesundheitsergebnissen, da sie die wirtschaftliche Mobilität einschränken und den Stress erhöhen. Solche Diskriminierungen verschärfen die Probleme der psychischen Gesundheit und erschweren es den betroffenen Gruppen, Hilfe zu suchen oder angemessene Unterstützung zu erhalten. Während der COVID-Pandemie waren ethnische und rassische Minderheiten in Europa besonders anfällig für Infektionen, da sie in Berufen an vorderster Front überrepräsentiert waren: in der Gesundheits- und Sozialfürsorge, im Transportwesen, bei Lieferdiensten, in der Lebensmittelversorgung und in Sicherheitsfunktionen.<sup>23</sup>

Studien in ganz Europa zeigen, dass Minderheitengemeinschaften bei der Inanspruchnahme der Gesundheitsversorgung aufgrund von Sprachbarrieren, kultureller Unsensibilität und Angst vor Diskriminierung häufig unterrepräsentiert sind.<sup>24</sup> Beispiele dafür, wie Rassismus den Zugang zur Gesundheitsversorgung behindert, sind der Ausschluss aufgrund des Aussehens (z. B. Tragen von Hidschabs/Kopftüchern) oder aufgrund der lokalen Sprachkenntnisse.<sup>25</sup>

Die Rolle der Gesundheitsfachkräfte ist von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass die Förderung der psychischen Gesundheit und die Prävention sowie der Zugang zu hochwertiger Unterstützung alle Gemeinschaften erreichen. Sie sind häufig dafür verantwortlich, zu entscheiden, wer Zugang zu medizinischer Behandlung hat und welche Arten von Interventionen angeboten werden können. Den Angehörigen der Gesundheitsberufe in der EU mangelt es häufig an einer Ausbildung in kulturell kompetenter Pflege,<sup>26</sup> was zu Fehldiagnosen oder Unterdiagnosen oder zu einer unangemessenen Behandlung von psychischen Problemen bei Dienstleistungsnutzern aus Minderheiten führt.<sup>27</sup> Dies ist besonders besorgniserregend, da seit langem bestehende, tief verwurzelte Mythen über Rassenunterschiede, insbesondere biologische Unterschiede aufgrund der Ethnie, zu zwanghaften, übermäßig medizinisch orientierten und isolierenden Praktiken beitragen können, die mit dem vorherrschenden Modell der psychischen Gesundheit, dem biomedizinischen

---

<sup>22</sup> Weltgesundheitsorganisation, "Social determinants of health", verfügbar unter:

[https://www.who.int/health-topics/social-determinants-of-health#tab=tab\\_1](https://www.who.int/health-topics/social-determinants-of-health#tab=tab_1)

<sup>23</sup> Akbulut, N., Limaro, N., Wandschneider, L. *et al.* (2020), ASPHER statement on racism and health: racism and discrimination obstruct the public health's pursuit of health equity. *Int J Public Health* 65, 727-729 (2020).

<https://doi.org/10.1007/s00038-020-01442-y>

<sup>24</sup> Kayani Z, Willis A, Salisu-Olatunji SO, Jeffers S, Khunti K, Routen A. Reporting and representation of underserved groups in intervention studies for patients with multiple long-term conditions: a systematic review. *Zeitschrift der Königlichen Gesellschaft für Medizin*. 2024;0(0). doi:10.1177/01410768241233109, verfügbar unter: <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/01410768241233109>

<sup>25</sup> FRA (2013), "Ungleichheiten und Mehrfachdiskriminierung beim Zugang zu und der Qualität der Gesundheitsversorgung", verfügbar unter: <https://fra.europa.eu/en/publication/2013/inequalities-and-multiple-discrimination-access-and-quality-healthcare#related>

<sup>26</sup> Watson H, Harrop D, Walton E, Young A, Soltani H. Eine systematische Übersicht über die Erfahrungen von Frauen aus ethnischen Minderheiten mit perinatalen psychischen Erkrankungen und Diensten in Europa. *PLoS ONE*. 2019;14(1):e0210587. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0210587>.

<sup>27</sup> Hamed S, Thapar-Björkert S, Bradby H, Ahlberg BM. Rassismus in der europäischen Gesundheitsversorgung: strukturelle Gewalt und darüber hinaus. *Qual Health Res*. 2020;30(11): 1662-73.

<https://doi.org/10.1177/1049732320931430>

Ansatz, verbunden sind. Dadurch wird die Aufmerksamkeit auf die Krankheit, biomedizinische Faktoren und genetische Veranlagung gelenkt. Dies führt dazu, dass unter Fachleuten vor allem medizinische und pharmakologische Behandlungsformen angeboten werden. Ungleiche Behandlung und gesundheitliche Ungleichheiten können noch verschärft werden, wenn Fachkräfte nicht erkennen und nicht darüber informiert werden (z. B. im Bildungssystem), wie Rassismus und Diskriminierung die Gesundheit aufgrund sozialer Ungleichheiten beeinflussen.

Diskriminierende Praktiken, ob bewusst oder unbewusst, verstärken das Misstrauen in die medizinischen Systeme und halten rassistische und ethnische Minderheiten weiter davon ab, psychosoziale Hilfe in Anspruch zu nehmen. So kommen beispielsweise Asylbewerber und Flüchtlinge oft mit traumabedingten psychischen Problemen nach Europa, doch die bürokratischen Hürden und diskriminierenden Maßnahmen in vielen Mitgliedstaaten schränken ihren Zugang zu angemessener Versorgung ein.<sup>28</sup> Darüber hinaus ergab ein Bericht von MBRRACE-UK aus dem Jahr 2022, der Daten aus den Jahren 2018-2020 verwendet, dass schwarze Frauen 3,7-mal häufiger sterben als weiße Frauen und asiatische Frauen 1,8-mal häufiger als weiße Frauen.<sup>29</sup>

Darüber hinaus schränkt das mangelnde Bewusstsein und der fehlende Diskurs über psychische Gesundheit sowie rassistische und ethnische Diskriminierung die Schaffung und Verbesserung von maßgeschneiderten, kultursensiblen Räumen ein. Ein kultur- und geschlechtersensibles Bewusstsein und Kompetenzen bei Fachkräften in bereichsübergreifenden Sektoren (z. B. Bildung und Beschäftigung) sind für eine gleichberechtigte Teilhabe ethnischer und rassistischer Gruppen und die Suche nach maßgeschneiderten Lösungen unerlässlich. Dies sollte jedoch nicht den Mangel an Fachkräften mit unterschiedlichem oder ähnlichem kulturellem Hintergrund für die Hilfesuchenden ersetzen oder kompensieren. Dies ist von entscheidender Bedeutung, da es positive Erfahrungen in psychosozialen Umgebungen fördern kann, sichere Räume mit Fachleuten und Unterstützern mit kultureller Kompetenz stärkt, die Einblicke in komplexe Situationen gewähren und kulturspezifische Interventionen einbeziehen können, während gleichzeitig übergreifende Werte gewahrt werden.

---

<sup>28</sup> Mental Health Europe (2024), "Report on impact of regulations on migrants with psychosocial disabilities", verfügbar unter: <https://www.mentalhealtheurope.org/what-we-do/migration-and-mental-health/>

<sup>29</sup> MBRRACE-UK (2024), Saving Lives, Improving Mothers' Care: Lessons learned to inform maternity care from the UK and Ireland Confidential Enquiries into Maternal Deaths and Morbidity 2020-22, verfügbar unter: <https://www.npeu.ox.ac.uk/mbrance-uk/reports/maternal-reports>

# Bekämpfung von Diskriminierungen aufgrund von Ethnie und Zugehörigkeit in der EU-Politik: Stand der Dinge

Obwohl Diskriminierung und Ungleichheiten aufgrund der Ethnie und der ethnischen Zugehörigkeit nach wie vor bestehen, hat die EU seit dem Jahr 2000 Rechtsvorschriften zur Bekämpfung rassistischer und fremdenfeindlicher Diskriminierung eingeführt.<sup>30</sup> Diese Maßnahmen dienen der kollektiven Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund der Rasse und der ethnischen Herkunft und fördern gleichzeitig die Gleichstellung und Integration in der gesamten Europäischen Union. Es gab jedoch viel Kritik an der Wirksamkeit dieser Politiken, was vor allem auf den Umsetzungsrahmen, das Fehlen verbindlicher Verpflichtungen und die Abhängigkeit von den Mitgliedsstaaten bei der Durchsetzung dieser Politiken zurückzuführen ist. Im Folgenden werden einige der bemerkenswertesten Initiativen und Maßnahmen genannt:

## Europäische Säule der sozialen Rechte

Die Europäische Säule sozialer Rechte von 2017<sup>31</sup> legt einen Rahmen mit 20 verschiedenen Grundsätzen fest, die darauf abzielen, faire und integrative Arbeitsmärkte und Sozialschutzsysteme in der EU zu fördern. Sie unterstreicht die Bedeutung der Chancengleichheit und des Zugangs zum Arbeitsmarkt für alle Menschen.

Die Säule umfasst Grundsätze im Zusammenhang mit Sozialschutz und sozialer Eingliederung, wobei die Notwendigkeit hervorgehoben wird, Diskriminierung zu bekämpfen und den Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen, einschließlich Gesundheitsversorgung und Unterstützung für psychische Gesundheit, sicherzustellen. Die Säule berührt die systemische Diskriminierung durch die Förderung von Gleichheit und sozialen Rechten.

Durch ihr Engagement für soziale Eingliederung und Nichtdiskriminierung zielt die Europäische Säule darauf ab, die Ergebnisse im Bereich der psychischen Gesundheit zu verbessern, indem sie sicherstellt, dass alle Menschen Zugang zu den notwendigen Ressourcen haben, und so eine gesündere und gerechtere Gesellschaft fördert. Die Säule bildet die Grundlage für alle relevanten Politikbereiche, einschließlich der unten aufgeführten. Unter Grundsatz 3 "Chancengleichheit" wird darauf hingewiesen, dass jeder Mensch unabhängig von Rasse oder ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung (u. a.) das Recht auf Gleichbehandlung und Chancengleichheit in Bezug auf Beschäftigung, sozialen Schutz, Bildung und Zugang zu Gütern und Dienstleistungen hat, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Außerdem soll die Chancengleichheit von unterrepräsentierten Gruppen gefördert werden.

## EU-Charta der Grundrechte (2000)

---

<sup>30</sup> Europäisches Parlament (Juni 2024), Briefing on 'EU legislation and policies to address racial and ethnic discrimination', verfügbar unter:

[https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS\\_BRI\(2024\)762334#:~:text=In%20recent%20re solutions%2C%20Parliament%20has,authorities%20to%20take%20an%20intersectional](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_BRI(2024)762334#:~:text=In%20recent%20re solutions%2C%20Parliament%20has,authorities%20to%20take%20an%20intersectional)

<sup>31</sup> Europäische Kommission, "Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Eingliederung: Die europäische Säule sozialer Rechte in 20 Grundsätzen", verfügbar unter:

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1606&langId=en>

In der EU-Grundrechtecharta (2000)<sup>32</sup> sind bestimmte politische, soziale und wirtschaftliche Rechte für die Bürger und Einwohner der Europäischen Union (EU) im EU-Recht verankert. On non-discrimination, article 21 explicitly prohibits discrimination on the basis of race, ethnicity, or other personal characteristics and states that "any discrimination based on any ground such as race, color, ethnic or social origin, genetic features, language, religion or belief, political or any other opinion" is prohibited. Dieses Verbot bezieht sich auf alle Lebensbereiche, einschließlich Beschäftigung, Bildung und Zugang zu Dienstleistungen, und unterstreicht die Verpflichtung der EU, die Gleichheit aller Menschen ungeachtet ihrer Rasse oder ihres ethnischen Hintergrunds zu gewährleisten. Darüber hinaus werden in Artikel 34 der Charta die soziale Sicherheit und die soziale Unterstützung als Rechte für alle gestärkt, insbesondere im Hinblick auf den Schutz schutzbedürftiger Gruppen, was auch für rassistische und ethnische Minderheiten gelten kann.

### **EU Race Equality Directive (2000/43/EC)**

The 2000 EU Race Equality Directive<sup>33</sup> is a key legal framework prohibiting discrimination based on race or ethnic origin across EU member states in areas including education, employment, and healthcare. Hier wurde ein Rahmen entwickelt, der die Gleichbehandlung und den Zugang zu Dienstleistungen, einschließlich der psychosozialen Versorgung, für alle Menschen unabhängig von ihrer Ethnie oder ihrem ethnischen Hintergrund gewährleisten soll.

Die Richtlinie hat einen breiten Anwendungsbereich und geht über die Bekämpfung von Diskriminierung in der Beschäftigung hinaus, indem sie die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, Antidiskriminierungsgesetze für verschiedene Schlüsselbereiche zu erlassen. Dazu gehören der Zugang zu Beschäftigung, Selbstständigkeit und Beruf, um faire Einstellungs- und Beförderungspraktiken unabhängig von der Ethnie oder der ethnischen Herkunft zu gewährleisten. Sie deckt auch die Berufsausbildung, die Arbeitsbedingungen (z. B. Entlassung und Entlohnung) und die Mitwirkung in Arbeitnehmer- oder Berufsorganisationen ab. Über die Beschäftigung hinaus zielt die Richtlinie darauf ab, einen diskriminierungsfreien Zugang zum Sozialschutz, einschließlich Gesundheitsversorgung, Bildung und sozialer Sicherheit, zu gewährleisten. Sie schreibt auch den gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, einschließlich Wohnraum, vor.

Die Richtlinie erstreckt sich jedoch nicht auf strukturellen oder institutionellen Rassismus und konzentriert sich nur auf direkte und indirekte Diskriminierung. Es gibt derzeit keine Definition für strukturelle Diskriminierung oder für "Diskriminierung durch Assoziation und Vermutung"<sup>34</sup> im EU-Recht. Diese Richtlinie deckt auch keine Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit ab, es sei

---

<sup>32</sup> Charta der Grundrechte der Europäischen Union (2012/C 326/02), verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:12012P/TXT>

<sup>33</sup> Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft, abrufbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex%3A32000L0043>

<sup>34</sup> *Diese Art von Diskriminierung wird oft als assoziierte Diskriminierung bezeichnet, weil das Opfer diskriminiert wird, weil es mit einer anderen Person oder anderen Personen in Verbindung gebracht wird, die die Hauptzielgruppe der Vorurteile des Täters sind. Assoziierte Diskriminierung kann sich auf viele verschiedene Gründe beziehen, einschließlich einer Behinderung, und ist konzeptionell mit den "Gründen durch Assoziation" verbunden. Eng verbunden mit dem Konzept der Diskriminierung durch Assoziation ist die Diskriminierung aufgrund von Vermutungen. In diesem Fall wird das Opfer diskriminiert, weil angenommen wird, dass die Person einer Gruppe angehört, die das Ziel der Vorurteile des Täters ist, oder zu dieser Gruppe gehört.* Verfügbar unter: [https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/11\\_hr\\_guidelines\\_external\\_action\\_en.pdf](https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/11_hr_guidelines_external_action_en.pdf)

denn, die Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit stellt eine mittelbare rassistische oder ethnische Diskriminierung dar.<sup>35</sup>

The Race Equality Directive and other directives require Member States to set up national equality bodies,<sup>36</sup> promote equal treatment and fight discrimination based on race, ethnicity, and other protected areas. Im Juni 2024 nahm der Rat zwei Richtlinien an, um die Rolle der Gleichstellungsstellen in der EU zu stärken. Diese Bemühungen werden dazu beitragen, die Wirksamkeit dieser Stellen zu verbessern und ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten. Die Richtlinien legen gemeinsame EU-weite Mindestanforderungen für Gleichstellungsstellen in mehreren Schlüsselbereichen fest: zum Beispiel erweiterte Kompetenzen und Unabhängigkeit von externen Einflüssen.<sup>37</sup> Indem sie den gleichberechtigten Zugang zu psychosozialen Diensten sicherstellen und gegen diskriminierende Praktiken im Gesundheitswesen vorgehen, tragen diese Stellen dazu bei, Ungleichheiten abzubauen und eine integrativere Gesellschaft zu fördern.

### **EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025**

Im Jahr 2020 wurde der EU-Aktionsplan gegen Rassismus (2020 - 2025) veröffentlicht. Er ist einer von mehreren Gleichstellungsstrategien und Aktionsplänen der Europäischen Kommission, die gemeinsam auf den Aufbau einer Union der Gleichheit hinarbeiten, in der alle Menschen frei von Diskriminierung leben können.

Der Aktionsplan zielt darauf ab, Rassismus und Rassendiskriminierung in der gesamten Gesellschaft mit verschiedenen Mitteln zu bekämpfen. The plan aimed to assessing and strengthening legal protection by enhancing existing anti-discrimination laws, extending EU non-discrimination legislation to outstanding areas and ensuring that racism is effectively punished, particularly through better enforcement of the Race Equality Directive and other legal instruments. Was die Strafverfolgung betrifft, so wurden Schulungen für Polizeikräfte und Strafverfolgungsbehörden sowie die Erfassung von Daten zur Bekämpfung diskriminierender Praktiken und zur Verhinderung der Erstellung von Rassenprofilen festgestellt.

In ganz Europa mangelt es an einer vergleichbaren und regelmäßigen Datenerhebung zu Gleichstellung und Nichtdiskriminierung, was eine wirksame Überwachung der Anwendung von Instrumenten (d. h. Gleichstellungsstrategien) zu diesen Themen behindert.<sup>38</sup> Gleichstellungsdaten beziehen sich auf Informationen, die gesammelt und verwendet werden, um Ungleichheiten im Zusammenhang mit Diskriminierung und Ausgrenzung in verschiedenen Bereichen wie Beschäftigung, Bildung, Gesundheitswesen und Wohnen zu überwachen, zu untersuchen und zu bekämpfen. Das Fehlen einer systematischen Erfassung kann auch dazu führen, dass zivilgesellschaftliche und gemeinschaftsgeführte Organisationen trotz begrenzter Ressourcen die Last der Erfassung solcher

---

<sup>35</sup> EURACTIV (2020), 'Handbook on the Racial Equality Directive' (Handbuch zur Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse), verfügbar unter: <https://www.migpolgroup.com/wp-content/uploads/2020/09/MINDSET-Handbook-on-the-Racial-Equality-Directive-003-final.pdf>

<sup>36</sup> Europäisches Parlament (Juni 2024), Briefing on 'EU legislation and policies to address racial and ethnic discrimination', verfügbar unter: [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS\\_BRI\(2024\)762334#:~:text=In%20recent%20re solutions%2C%20Parliament%20has,authorities%20to%20take%20an%20intersectional](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_BRI(2024)762334#:~:text=In%20recent%20re solutions%2C%20Parliament%20has,authorities%20to%20take%20an%20intersectional)

<sup>37</sup> Der Rat der EU und der Europäische Rat (2024), "Stärkung der Rolle der Gleichstellungsstellen in der EU: Rat nimmt zwei Richtlinien an", verfügbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/05/07/strengthening-the-role-of-equality-bodies-across-the-eu-council-adopts-two-directives/>

<sup>38</sup> Europäische Kommission, "Erhebung von Gleichstellungsdaten", verfügbar unter: [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/equality-data-collection\\_en](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/equality-data-collection_en)

wertvollen Daten tragen müssen. Im Jahr 2022 kündigte Irland die Entwicklung einer nationalen Strategie für Gleichstellungsdaten an, um die Umsetzung und Überwachung des nationalen irischen Aktionsplans gegen Rassismus, der nationalen Strategie zur Integration von Fahrenden und Roma sowie der nationalen Strategie zur Integration von LGBTI+ und der nationalen Strategie für LGBTI+-Jugendliche zu unterstützen.<sup>39</sup>

Die Stärkung der Zusammenarbeit wurde im Aktionsplan ebenfalls hervorgehoben, insbesondere die Bedeutung der Zusammenarbeit mit allen Akteuren auf allen Ebenen, um Rassismus und andere Formen der Diskriminierung wirksam zu bekämpfen. In der Strategie heißt es, dass Michaela Moua als Koordinatorin ernannt wurde, um die Umsetzung zu überwachen, Lücken zu schließen und die Stimmen der rassifzierten Gemeinschaften in der EU-Politik zu berücksichtigen. Weitere Schlüsselbereiche wie die Förderung von Vielfalt, Finanzierung und Forschung, Extremismus und Hassreden sowie Sensibilisierung wurden in der Strategie ebenfalls hervorgehoben.

Leider wurde die psychische Gesundheit nicht als Hauptschwerpunkt aufgenommen. In dem Plan heißt es jedoch, dass "Rassismus Traumata verursacht und daher auch die psychische Gesundheit der Menschen beeinträchtigen kann".<sup>40</sup> In dem Dokument wird auch darauf hingewiesen, dass der gleichberechtigte Zugang zur Gesundheitsversorgung, der auch psychische Dienste einschließt, ein Grundrecht ist. Der Aktionsplan unterstreicht auch, wie wichtig es ist, den strukturellen Rassismus in Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Wohnungswesen und Beschäftigung zu bekämpfen und ganz allgemein eine faire Behandlung zu gewährleisten. Alle diese Faktoren wirken sich unmittelbar auf die psychische Gesundheit aus. Die Kommission forderte die Mitgliedstaaten auf, unter voller Berücksichtigung ihrer nationalen Gegebenheiten zur Erhebung von Daten überzugehen, die nach Rasse oder ethnischer Herkunft aufgeschlüsselt sind.

### **Rahmenbeschluss des Rates zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit**

Der Rahmenbeschluss des Rates über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit<sup>41</sup> ist ein 2008 von der Europäischen Union angenommener Rechtsrahmen zur strafrechtlichen Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Sie weist die Mitgliedstaaten an, die öffentliche Aufstachelung zu Gewalt oder Hass aus Gründen der Ethnie, der ethnischen Herkunft oder der Religion unter Strafe zu stellen. Dazu gehört auch die Kriminalisierung der Leugnung oder Verharmlosung von Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dieser Beschluss spielt eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Auswirkungen von Rassismus auf die psychische Gesundheit. Durch seine Durchsetzung trägt der Rahmen dazu bei, ein integrativeres Umfeld zu schaffen und diese schädlichen Erfahrungen zu verringern und somit die durch rassistische und ethnische Diskriminierung bedingten Ungleichheiten im Bereich der psychischen Gesundheit abzumildern.<sup>42</sup> Leider wurde der Rahmen von einigen Mitgliedstaaten nicht vollständig oder korrekt umgesetzt, und im Jahr 2022 empfahl das Europäische

---

<sup>39</sup> gov.ie, "Minister O'Gorman kündigt die Entwicklung einer nationalen Strategie für Gleichstellungsdaten an", verfügbar unter: <https://www.gov.ie/en/press-release/5a7f4-minister-ogorman-announces-the-development-of-a-national-equality-data-strategy/>

<sup>40</sup> EU-Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus (2020-2025), verfügbar unter: [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-anti-racism-action-plan-2020-2025\\_en](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-anti-racism-action-plan-2020-2025_en)

<sup>41</sup> Rahmenbeschluss 2008/913/JI des Rates vom 28. November 2008 zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, abrufbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex%3A32008F0913>

<sup>42</sup> Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2021), "Fundamental Rights Report - 2021", verfügbar unter: [https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra\\_uploads/fra-2021-fundamental-rights-report-2021-opinions\\_en.pdf](https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2021-fundamental-rights-report-2021-opinions_en.pdf)

Parlament der Europäischen Kommission, dies zu überwachen und sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten die EU-Antidiskriminierungsvorschriften einhalten.<sup>43</sup>

### **Mitteilung der Europäischen Kommission über ein umfassendes Konzept für die psychische Gesundheit**

Die Mitteilung der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2023 über einen umfassenden Ansatz zur Förderung der psychischen Gesundheit<sup>44</sup> stellt einen wichtigen ersten Schritt dar, der den Grundstein für ein stärkeres Engagement der EU für die psychische Gesundheit legt. In der Mitteilung wird betont, dass die psychische Gesundheit von sozialen und umweltbedingten Faktoren beeinflusst wird, und die EU-Mitgliedstaaten werden aufgefordert, Maßnahmen zur Förderung von Prävention und Frühintervention zu ergreifen, insbesondere für Gruppen, die unverhältnismäßig stark von Diskriminierung betroffen sind. Obwohl die ungedeckten Bedürfnisse und die Existenz anderer gefährdeter Gruppen hervorgehoben wurden, enthielt die Mitteilung keine Maßnahmen, die sich speziell auf rassistische und ethnische Diskriminierung (neben anderen Gruppen) konzentrierten, und nur zwei Leitinitiativen konzentrierten sich auf spezifische gefährdete Gruppen (junge Krebskranke und überlebende Opfer von Verbrechen).<sup>45</sup>

## **Konkrete Empfehlungen: Blick in die Zukunft - Für einen Ansatz zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung der Gleichstellung**

Bei der Bekämpfung von Rassismus im Bereich der psychischen Gesundheit muss man sich davon verabschieden, sich ausschließlich auf die individuelle Gesundheit zu konzentrieren, und stattdessen berücksichtigen, wie sich soziale Determinanten und strukturelle Gegebenheiten auf die psychische Gesundheit und andere gesundheitliche Auswirkungen ausgewirkt haben und weiterhin auswirken. Der Aufbau wirksamer, zuverlässiger und nachhaltiger Formen der Unterstützung und psychosozialer Gesundheitssysteme erfordert einen Ansatz, der den sozialen Kontext, in dem diese Belastungen auftreten, berücksichtigt. Er hilft, über das Individuum hinauszugehen und sich auf die Notwendigkeit zu konzentrieren, systemische Barrieren zu überwinden und kultursensible psychische Gesundheitsdienste anzubieten. Die Förderung des psychischen Wohlbefindens auf diese Weise erfordert einen gesellschaftlichen Wandel, um Diskriminierung abzubauen und ein unterstützendes Umfeld zu schaffen.

---

<sup>43</sup> Europäisches Parlament (2022), "Entschließung des Europäischen Parlaments zu Rassengleichheit, Nichtdiskriminierung und Antirassismus in der EU", verfügbar unter:  
[https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0389\\_EN.html](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0389_EN.html)

<sup>44</sup> Europäische Kommission (2023), Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über ein umfassendes Konzept für die psychische Gesundheit, abrufbar unter:  
[https://health.ec.europa.eu/publications/comprehensive-approach-mental-health\\_en](https://health.ec.europa.eu/publications/comprehensive-approach-mental-health_en)

<sup>45</sup> Mental Health Europe (2023), "Analyse der Mitteilung der Europäischen Kommission 'Ein umfassender Ansatz für die psychische Gesundheit'



Mental Health Europe stellt sich eine wirklich integrative Gesellschaft vor, die verstärkt gegen Rassismus und alle Formen von Diskriminierung vorgeht. Eine Gesellschaft, die die Auswirkungen von Diskriminierung und Ungleichheiten aufgrund von Ethnie und Zugehörigkeit durch einen intersektionellen Ansatz angeht. Maßgeschneiderte Ansätze, die die einzigartigen Überschneidungen der Identität berücksichtigen, können Klüfte überbrücken und einen gleichberechtigten Zugang zu Unterstützung und Ressourcen gewährleisten. Aus diesem Grund fordert Mental Health Europe die EU und die Mitgliedstaaten auf:

## Empfehlungen für die EU-Institutionen:

1. **Entwicklung einer intersektionellen EU-Strategie für psychische Gesundheit**, die konkrete Vorgaben, Ziele und ein Budget sowie einen klaren Zeitplan und Indikatoren enthält, die die sozioökonomischen Determinanten der psychischen Gesundheit berücksichtigen. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf diejenigen gelegt werden, die mehrfachen und sich überschneidenden Formen der Diskriminierung ausgesetzt sind, u. a. aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit, Religion, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, Migrationsstatus, Alter oder Behinderung.
2. **Erneuerung und Stärkung der EU-Gleichstellungsstrategien**. Empfehlungen der Zivilgesellschaft zur Bekämpfung anhaltender rassistischer und ethnischer Diskriminierung einbeziehen. Die EU sollte mit gutem Beispiel vorangehen und sicherstellen, dass die Gestaltung, Umsetzung, Überwachung und Bewertung von Initiativen durch die sinnvolle Einbeziehung der wichtigsten Interessengruppen, insbesondere der Zivilgesellschaft, der Vertreter von Menschen mit Lebenserfahrung und ihrer Unterstützer, gekennzeichnet ist.<sup>46</sup>
3. **Verbesserung der Datenerhebung durch Standardisierung der Gleichstellungsdatenerhebung, um die Überwachung von Ungleichheiten zu erleichtern und gezielte politische Maßnahmen zu ermöglichen**.
  - Sammlung und Harmonisierung von Gleichstellungsdaten, aufgeschlüsselt nach Indikatoren für Mehrfachdiskriminierung, einschließlich Ethnie und Behinderung. Die Europäische Union sollte die systematische Erhebung von Gleichstellungsdaten auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene koordinieren und anleiten.
  - Integration der psychischen Gesundheit in das routinemäßige Gesundheitsinformationssystem und Ermittlung, Zusammenstellung, routinemäßige Meldung und Verwendung von Kerndaten zur psychischen Gesundheit, die nach Geschlecht, Alter und anderen Gründen aufgeschlüsselt sind, um Fragen der Intersektionalität angemessen zu erfassen. Indikatoren zu den Determinanten der psychischen Gesundheit sollten auch in den Informations- und Überwachungssystemen für die (psychische) Gesundheit der Bevölkerung verfügbar sein.
4. **Zuweisung von EU-Mitteln zur Unterstützung von Initiativen zur Bekämpfung von Rassismus und zur Förderung der psychischen Gesundheit**.

---

<sup>46</sup> Mental Health Europe definiert Co-Creation als "einen kollaborativen Ansatz, bei dem alle Akteure im Bereich der psychischen Gesundheit gleichberechtigt zusammenarbeiten, um Strategien, Dienste und Kommunikation zu entwickeln und umzusetzen, die Förderung einer positiven psychischen Gesundheit nach einem psychosozialen Modell und einem menschenrechtsbasierten Ansatz". Das Konzept der Ko-Kreation unterstreicht die Neuverteilung der Befugnisse aller am Prozess Beteiligten und die Gleichwertigkeit der unterschiedlichen Kompetenzen aller Beteiligten.

- Sicherstellen, dass Mittel zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung in die einschlägigen Programme integriert werden.
  - Aufstockung der Mittel für spezielle Programme zur Förderung der psychischen Gesundheit, die sich auf rassifizierte und marginalisierte Bevölkerungsgruppen konzentrieren, und Gewährleistung angemessener Ressourcen für eine kulturell kompetente Versorgung.
  - Aufstockung der Mittel für Gleichstellungsstellen, was marginalisierten Gemeinschaften direkt zugute kommt und Ungleichheiten, insbesondere bei der psychischen Gesundheitsversorgung, verringert.
5. **Förderung und Finanzierung EU-weiter Forschungsarbeiten** über den Zusammenhang zwischen Rassendiskriminierung, Ungleichheit und psychischer Gesundheit, um die zugrunde liegenden Ursachen besser zu verstehen und zu bekämpfen.

## Empfehlungen für die Mitgliedstaaten:

6. Entwicklung langfristiger und nachhaltiger **nationaler Aktionspläne zur Förderung der psychischen Gesundheit**:
- Sicherstellung nationaler Strategien, die auf die Ungleichheiten im Bereich der psychischen Gesundheit von Minderheitengruppen abzielen und sich auf die Integration antirassistischer Praktiken in die öffentliche Gesundheitspolitik konzentrieren.
  - Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Sozial- und Gesundheitsdiensten zur Entwicklung integrierter Dienste auf Gemeindeebene, einschließlich psychosozialer Dienste. Unterstützung zusätzlicher gemeindebasierter Ansätze und Beteiligung.
  - Gewährleistung einer menschenrechtskonformen, zugänglichen, erschwinglichen, ganzheitlichen und gemeindenahen psychosozialen Versorgung und Unterstützung. Gewährleistung des gleichberechtigten Zugangs marginalisierter Bevölkerungsgruppen zu psychosozialen Diensten durch Beseitigung sprachlicher, finanzieller, geografischer und anderer Barrieren.
7. Entwicklung von Schulungen zur **kulturellen Kompetenz**. Verpflichtende Schulungen für Angehörige der Gesundheitsberufe, um die besonderen psychischen Bedürfnisse von rassistischen, ethnischen und anderen Minderheiten zu erkennen und darauf einzugehen und so ein integrativeres und solidarischeres Gesundheitssystem zu fördern.
8. Develop **anti-discrimination laws** and ensure full implementation and enforcement of the Race Equality Directive across all member states, specifically in health sectors, to combat discrimination and inequalities based on race and ethnicity:
- Verstärkung des rechtlichen Schutzes gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz: Stärkung der Arbeitsgesetze zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund der Rasse und der ethnischen Herkunft, um sicherzustellen, dass das Arbeitsumfeld das psychische Wohlbefinden von Minderheiten fördert.
  - Erhöhung der Investitionen in integrative Bildung und Förderung von Inklusion und Vielfalt in Bildungseinrichtungen durch die Einführung von Antirassismusprogrammen, die sich mit den Auswirkungen von Diskriminierung auf die psychische Gesundheit junger Menschen aus ethnischen Minderheiten befassen. Aufwertung der psychischen Gesundheitskompetenz, um das Verständnis für psychische Gesundheit durch eine intersektionale Sichtweise zu stärken.

## Schlussfolgerung

Diskriminierung und Ungleichheiten aufgrund von Ethnie und Zugehörigkeit haben tiefgreifende und dauerhafte Auswirkungen auf die psychische Gesundheit in ganz Europa. Es ist noch ein langer Weg zu gehen, um sicherzustellen, dass die Unterstützungssysteme durch einen menschenrechts- und personenzentrierten Ansatz die Schutzfaktoren für die psychische Gesundheit fördern, anstatt die Risikofaktoren für die psychische Gesundheit zu verschärfen. Struktureller Rassismus und ausgrenzende Praktiken sind leider weit verbreitet, und Ungleichheiten in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Beschäftigung, Bildung und soziale Dienste sind nach wie vor weit verbreitet.

In Europa und darüber hinaus braucht der Einzelne maßgeschneiderte Dienste sowie Veränderungen, um Rassismus und Diskriminierung zu bekämpfen, die psychische Gesundheitsprobleme verschlimmern. Ein psychosozialer Ansatz für die psychische Gesundheit muss auf breiter Basis angenommen werden, mit kulturell kompetenten psychosozialen Diensten, verbesserten rechtlichen Rahmenbedingungen und einer stärkeren Durchsetzung von Antidiskriminierungsgesetzen, um Ungleichheiten im Bereich der psychischen Gesundheit abzubauen und Gerechtigkeit und Wohlbefinden für alle zu erreichen. Es ist höchste Zeit, dass Investitionen eine gesamtgesellschaftliche Antwort geben und keine Kompromisse bei den Menschenrechten eingehen.



Bei der Verwendung dieser Materialien sollte die Quelle angegeben werden.  
Keines dieser Materialien darf ohne die ausdrückliche schriftliche  
Genehmigung von Mental Health Europe verändert oder angepasst werden.

© Mental Health Europe (November 2024)

Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich  
die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die der  
Europäischen Union oder des CERV-Programms der Europäischen  
Kommission wider. Weder die Europäische Union noch die  
Bewilligungsbehörde können für sie verantwortlich gemacht werden.



Co-funded by  
the European Union